Umwelt Bundes Amt
Für Mensch und Umwelt

# Kurzfassung

## deutsch und englisch

**UFOPLAN-Vorhaben FKZ 202 13 129**

# Kriterien, Grundsätze und Verfahren der Einzelfallprüfung bei der Umweltverträglichkeitsprüfung

## Zusammenfassung


### Die Aufgabenstellung

Die beiden Hauptziele des Forschungsvorhabens liegen in der

- Entwicklung eines Entwurf zu einer Verwaltungsvorschrift im Hinblick auf die Grundsätze und das Verfahren der Einzelfallprüfung sowie in der
- Entwicklung eines Entwurfs zu einer Rechtsverordnung zur Konkretisierung der Kriterien der Einzelfallprüfung.

Beide Entwürfe sollen vor dem Hintergrund vorliegender Erfahrungen in den Behörden erarbeitet und mit Experten im Rahmen eines Workshops diskutiert werden.

### Der rechtliche Rahmen

Die mit der Novellierung des UVP-Gesetzes eingeführte Einzelfallprüfung gestaltet sich äußerst komplex und umfasst zahlreiche Fallgruppen. Kapitel 2.8 differenziert insgesamt zehn solcher Fallgruppen. Vereinfacht können Neuvorhaben, Änderungen und Erweiterungen UVP-pflichtiger bzw. nicht UVP-pflichtiger Vorhaben sowie Entwicklungs- und Erprobungsvorhaben differenziert werden. Ergänzt wird dies durch die Möglichkeit der kumulativen Betrachtung von weiteren Vorhaben im gemeinsamen Einwirkungsbereich.

Im Rahmen der Voraussetzungen für die kumulative Betrachtung zu erwartende Umweltauswirkungen enthalten die Rechtsvorschriften eine Reihe unbestimmter Rechtsbegriffe, deren Auslegung in der behördlichen Praxis zum Teil Probleme bereitet. Um kumulieren zu können müssen die Vorhaben derselben Art sein und dem gleichen Zweck dienen, gleichzeitig verwirklicht werden und es muss ein enger Zusammenhang gegeben sein.

Die charakterisierenden Merkmale der Einzelfallprüfung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Feststellung der UVP-Pflicht im Rahmen der Einzelfallprüfung soll unverzüglich erfolgen. Umfangreiche Datenerhebungen oder die Beauftragung von Gutachten scheiden daher aus. Die Prüfung hat überschlägig zu erfolgen.

- Aufgrund der geringen Prüftiefe kann bei der Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen nicht der Maßstab der "hinreichenden Wahrscheinlichkeit" herangezogen werden. Vielmehr ist hier der Maßstab der "begründeten Möglichkeit" zu verwenden.

- Wenn aufgrund bestimmter Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen Umweltauswirkungen offensichtlich ausgeschlossen werden können, ist dies bei der Prognose zu berücksichtigen.

- Die Entscheidung über die UVP-Pflicht ist nicht unabänderlich. Sollten im Laufe des Zulassungsverfahren bei einem Vorhaben, für das eine UVP-Pflicht nicht festgestellt wurde, Erkenntnisse auftreten, die ein UVP-Pflicht begründen, so muss ein UVP-Verfahren eingeleitet werden.

**Die aktuelle behördliche Praxis der Einzelfallprüfung**

Um die aktuelle behördliche Praxis der Einzelfallprüfung zu ermitteln, wurde eine Umfrageaktion in über 100 Behörden durchgeführt, 43 Fragebögen wurden ausgefüllt zurücjgesendet. Insgesamt wurden mit der Umfrage schätzungsweise die Erfahrungen aus etwa 700 Verfahren erfasst. Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die durchschnittliche Erfahrung im Hinblick auf die Einzelfallprüfung in den Behörden liegt bei etwa 25 Screeningverfahren.

- Die durchschnittliche Zeitdauer für das Screening beträgt 6,3 Tage. Hierbei handelt es sich vermutlich um eine Zeitangabe, die andere tägliche Arbeiten in den Behörden mitumfasst (Brutto-Zeit). Die minimale Zeit für ein Screening wurde mit einigen Stunden, die maximale Zeitdauer mit mehreren Wochen angegeben.

- Etwas weniger als die Hälfte der Behörden gibt an, im Rahmen des Screenings keine weiteren Behörden zu beteiligen.

- Die Qualität der Unterlagen, die der Träger des Vorhabens im Rahmen des Screenings vorlegt, wird dort als meist ausreichend eingeschätzt, Nachforderungen sind i. d. R. nicht notwendig.

- Die Berücksichtigung kumulativer Wirkungen mit anderen Vorhaben im gleichen Einwirkungsbereich erfolgt in der Praxis relativ selten.
- Mehr als die Hälfte der Behörden nutzt Arbeitshilfen wie Verwaltungsvorschriften, Leitfäden oder Checklisten.
- Die überwiegende Mehrzahl der Screeningsentscheidungen führt zu einer Ablehnung der UVP-Pflicht.
- Alle Behörden nehmen eine schriftliche Dokumentation der Screeningentscheidung vor.
- Die eine Hälfte der Behörden hält es für notwendig, möglichst konkrete Kriterien und Schwellenwerte für die Bestimmung der UVP-Pflicht im Rahmen der Einzelfallprüfung bereitzustellen, während die andere Hälfte dies abgelehnt.

**Analyse bestehender Ansätze zur Einzelfallprüfung**

im Rahmen der Analyse bestehende Ansätze werden der Screening-Leitfaden der EU-Kommission, der Leitfaden sowie die Auslegungshinweise der UVP-Experten des Bundes und der Länder, die Hinweise zur Einzelfallprüfung bei Straßenbauvorhaben der FGSV, die entsprechenden Abschnitte des Umwelt-Leitfadens des Eisenbahn-Bundesamtes, die Handreichung der UVP-Leitstelle Bremen und die Screening-Checkliste des Umweltministeriums in Schleswig-Holstein untersucht.

Die betrachteten Leitfäden, Hinweise und Checklisten zum Screening versuchen, den praktischen Vollzug der Vorprüfung des Einzelfalls zu unterstützen. In den meisten Fällen wird diese Unterstützung zumindest dadurch realisiert, dass ein Orientierungsrahmen und ansatzweise auch ein handlungsorientierter Prüfungsablauf vorgeschlagen werden. Darüber hinaus werden teilweise konkrete Prüffragen und teilweise konkrete Schwellenwerte für die Einschätzung der Erheblichkeit der möglichen nachteiligen Umweltauswirkungen vorgegeben.

Allerdings bleiben bei entscheidenden Fragen, die die UVP-Praxis bewegen, weiterführenden Hinweise und Konkretisierungen aus:

- Welche Fallgruppen mit jeweils abweichender Vorgehensweise beim Screening können differenziert werden?
- Wie sind die unbestimmten Rechtsbegriffe, die die Voraussetzung für die Kumulierungsregelung bilden, anzuwenden?

- Wie ist bei Änderungen und Erweiterungen von bisher nicht UVP-pflichtigen sowie UVP-pflichtigen Vorhaben mit dem Altbestand zu verfahren?
- Wie sind die Erheblichkeitskriterien allgemein und vorhabenspezifisch zu konkretisieren?

Die umfassendste Auseinandersetzung mit dem Thema Screening, gestützt durch die Angabe zahlreicher kleiner Fallbeispiele im Rahmen der 'Auslegungshinweise', leisten die beiden Papiere der UVP-Experten des Bundes und der Länder. Allerdings beträgt der Gesamtumfang beider Papiere 66 Seiten. Dies verdeutlicht einerseits die Komplexität der Regelungsinhalte zur Einzelfallprüfung, andererseits aber auch das Problem im Hinblick auf die Entwürfe zu der entsprechenden Verwaltungsvorschrift sowie der Rechtsverordnung. Trotz zahlreicher unbestimmter Rechtsbegriffe müssen sich Verwaltungsvorschrift und Rechtsverordnung in die bestehenden Regelungen vom Umfang her angemessen einpassen. Eine Konzentration auf das absolut Notwendige ist daher geboten.

**Hinweise zur Integration der Entwürfe in die bestehenden Regelungen**

Im Rahmen der Diskussionen mit Experten des Umweltbundesamtes, des Bundesumweltministeriums, Mitgliedern der UVP-Experten des Bundes und der Länder sowie weiteren Personen aus Vollzugsbehörden, Lehre und Forschung drängt sich eine bestimmte Art der Implementation auf. Sie besteht darin, die Inhalte der Rechtsverordnung mit den konkretisierten Kriterien der Anlage 2 zum UVP-Gesetz als Anhang in die UVP-Verwaltungsvorschrift zu integrieren. Diese Vorgehensweise - obwohl der Vorgabe des UVPG in der aktuellen Fassung widersprechend - würde einer weiteren Zersplitterung der UVP-relevanten Rechtsvorschriften entgegenwirken. Sinnvoll wäre die Integration in einem neuen "Anhang 4 Nähere Bestimmung der Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls" zur UVPVwV.

Im Rahmen der Integration des VwV-Entwurfs "Grundsätze und Verfahren der Einzelfallprüfung" wird vorgeschlagen, die bisherige Nr. 0.3 UVP-Verwaltungsvorschrift 'Auswirkungen auf die Umwelt' als neue Nr. 0.1.4 einzufügen. Die damit frei gewordene Nr. 0.3 könnte nun mit der Bezeichnung 'Feststellung der UVP-Pflicht' belegt und in zwei Unterpunkte differenziert werden:

- 0.3.1 UVP-Pflicht auf Grund Art, Größe und Leistung,
- 0.3.2 UVP-Pflicht nach Vorprüfung des Einzelfalls.

Während Nr. 0.3.1 nicht Gegenstand des Forschungsvorhabens ist und daher nicht mit einem inhaltlichen Vorschlag belegt wird, ist die Nr. 0.3.2 der Gliederungspunkt, der durch die Inhalte unseres Entwurfs zur Verwaltungsvorschrift vollständig abgedeckt wird.

**Hinweise zum Entwurf der Verwaltungsvorschrift**

Im Rahmen der "Grundsätze und Verfahren der Einzelfallprüfung" wird verdeutlicht, dass es um die Lenkung des Verfahrens und nicht um Zulassungsfragen geht. Darüber hinaus wird bereits hier darauf hingewiesen, dass die Entscheidung auf einer wesentlich schmaleren Informationsbasis als die Zulassungsentscheidung erfolgt, um von vornherein den Charakter der Vorprüfung des Einzelfalls klarzustellen.

Besonderer Regelungsbedarf besteht im Umgang mit Änderungen oder Erweiterungen bisher nicht UVP-pflichtiger Vorhaben bzw. UVP-pflichtiger Vorhaben. Es wird davon ausgegangen, dass in beiden Fällen der vorhandene, noch nicht einer UVP unterzogene Bestand, vorhabensseitig in die Einzelfallprüfung einbezogen wird. Die durch das eigentliche Vorhaben zu erwartende Zusatzbelastung wird nicht isoliert der bereits vorhandenen Vorbelastung gegenübergestellt. Die in der Einzelfallprüfung für die Beurteilung der UVP-Pflicht relevanten Umweltauswirkungen (Zusatzbelastung) sind somit in solchen Fällen in der Regel umfangreicher, als die allein vom aktuell geplanten Vorhaben ausgehenden Umweltauswirkungen. Diese Vorgehensweise ist notwendig, um der mit den Vorschriften bewusst ins Visier genommene "Salamitaktik" wirksam entgegenzuwirken.

Regelungsbedürftig ist auch die Arbeitsteilung zwischen zuständiger Behörde und Vorhabenträger. Der Entwurf der VwV legt in Nr. 4.2 fest, dass die notwendigen Angaben zu den Merkmalen des Vorhabens gemäß Anlage 1 und Anlage 2 Nr. 1 UVPG zwingend vom Vorhabenträger beizubringen sind. Darüber hinausgehende Angaben zum Standort und zu den Auswirkungen gemäß Anlage 2 Nrn. 2 und 3 UVPG sollen ebenfalls vom Vorhabenträger beigebracht werden, soweit dies erforderlich und zumutbar ist. Damit wird die derzeit gängige Praxis abgebildet und dem Verursacherprinzip Rechnung getragen. Außerdem entspricht die weitgehende Übertragung der Beibringungslast auf den Vorhabenträger dem Vorgehen, wie es auch im Rahmen der Erstellung der Unterlagen nach § 6 UVPG praktiziert wird. Die Behörde wird im Sinne einer nachvollziehenden Amtermittlung soweit möglich entlastet. Sie hat dennoch die Letztverantwortung für die Vollständigkeit und Plausibilität der Unterlagen und soll vor diesem Hintergrund auch eigene Informationen nutzbar machen und ggf. Nachforderungen gegenüber dem Vorhabensträger stellen.

Nummer 4.3.2 des Entwurfs enthält Regelungen zur Einschätzung der *Erheblichkeit nachteiliger Umweltauswirkungen*. Dies ist die inhaltliche Kernfrage der Einzelfallprüfung, da sich hieraus unmittelbar das Ergebnis ableitet. Die Einschätzung verläuft in zwei Schritten. Zunächst ist zu beurteilen, inwieweit die Kriterien Schwere, Komplexität, räumliches Ausmaß, grenzüberschreitender Charakter, gebietsbezogenes Ausmaß, Dauer, Häufigkeit und Irreversibilität erfüllt sind.

Das Kriterium Wahrscheinlichkeit ist hier in der Regel nicht relevant, da im Rahmen des Screening regelmäßig der Maßstab der begründeten Möglichkeit anzuwenden ist. Dies schließt auch Umweltauswirkungen mit niedriger Wahrscheinlichkeit ein. Im nächsten Schritt ist die Frage der Verhältnismäßigkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung zu prüfen. Sind die Kriterien Schwere oder Komplexität erfüllt, kann regelmäßig von einer Verhältnismäßigkeit ausgegangen werden. Ähnliches gilt für den Fall komplexer Umweltauswirkungen. Je größer der betroffenen Personenkreis ist, desto eher ist hier mit einer Verhältnismäßigkeit zurechnen. Gleiches gilt auch für den Fall der grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen. Dagegen bedingt ein bestimmtes räumliches Ausmaß oder die Möglichkeit von dauerhaften, häufigen oder nicht reversibel nachteiligen Umweltauswirkungen noch nicht die Verhältnismäßigkeit.

Die Nr. 5 des Entwurfs enthält Regelungen zur Bekanntgabe und zum Zugänglichmachen des Screeningergebnisses, Nr. 6 enthält eine Regelung zur nachträglichen Änderung, die ein Wechsel des Verfahrens bei neuen Erkenntnissen ermöglicht.

**Hinweise zum Entwurf der Rechtsverordnung**

Die Rechtsverordnung soll die Kriterien der Anlage 2 UVPG konkretisieren. Der Entwurf zur Rechtsverordnung enthält drei Informationsebenen:

1. Teilkriterien zur Konkretisierung der Kriterien der Anlage 2 Nr. 1 und 2 UVPG,
2. Begriffsdefinitionen zum Verständnis einzelner Kriterien der Anlage 2 UVPG,
3. Maßstäbe zur Frage, inwieweit die Kriterien der Anlage 2 Nr. 3 UVPG erfüllt werden.

Bei der Konkretisierung der Kriterien wird eine enge Anlehnung an die fachgesetzlichen Begriffe und Schwellenwerte angestrebt. Es wird davon ausgegangen, dass die Zerlegung der allgemeinen Kriterien der Anlage 2 UVPG in möglichst konkrete Teilkriterien eine gute Hilfestellung bietet.

Zentrale Bedeutung besitzt der dritte Abschnitt der Verordnung, in dem die Merkmale der möglichen Auswirkungen konkretisiert werden. Im Rahmen der Definition von Schwere und Komplexität wird eine 75%-Regelung als Konvention vorgeschlagen. Diese Konvention soll eine möglichst einheitliche und einfache Anwendung des Grundsatzes des § 3c Abs. 1 Satz 4 UVPG ermöglichen, wonach zu berücksichtigen ist, inwieweit die Prüfwerte für Größe oder Leistung, die die Vorprüfung eröffnen, überschritten werden.

Daneben werden noch eine ganze Reihe weiterer Regelungen eingeführt, die die Screeningentscheidung erleichtern sollen, indem sie Schwellen definieren, bei denen eine gewisse

Schwere, die zu einer UVP-Pflicht führt, vorausgesetzt werden kann. Im Gegenzug werden auch Kriterien definiert, bei deren Erfüllung davon ausgegangen werden kann, dass keine schweren Auswirkungen zu erwarten sind.

**Abschließende Hinweise und Empfehlungen**

Die Einzelfallprüfung ist unverzüglich und überschlägig durchzuführen, obwohl die Informationsgrundlage zu diesem Zeitpunkt sehr schmal ist. Prognosen über zu erwartende Umweltauswirkungen und ihre Schwere, Komplexität etc. sind nur mit großer Unsicherheit oder sogar Ungewissheit möglich. Trotz dieser Rahmenbedingungen soll bei der Einzelfallprüfung eine wichtige, für das weitere Vorgehen wegweisende Entscheidung getroffen werden: Ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen oder nicht?

Die Entwürfe zur Verwaltungsvorschrift und zur Rechtsverordnung geben hier Hilfestellung, indem sie eine Änderung des Verfahrens zulassen, den Maßstab der "begründeten Möglichkeit" einführen und die Kriterien zur Einzelfallprüfung umfassend auf der Grundlage bestehender Rechtsvorschriften konkretisieren.

Die Umsetzung in Form einer "integrierten Verwaltungsvorschrift", die auf eine eigenständige Rechtsverordnung verzichtet, wird ausdrücklich auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Expertenworkshops empfohlen. Der im integrierten Entwurf angelegte, jedoch noch fehlende Punkt Nr. 0.3.1 sollte sobald wie möglich ergänzt werden.

Darüber hinaus sollte die Erarbeitung weitergehender vorhabenspezifischer Arbeitshilfen durch anerkannte Gremien und Fachstellen unterstützt werden. Die vorgelegten Entwürfe bieten darüber hinaus eine gute Grundlage, um weitergehende vorhabenspezifische Arbeitshilfen durch Fachbehörden, anerkannte Gremien oder Fachstellen zu erstellen.

**UFOPLAN Research Project no. 202 13 129**

# Criteria, principles and procedure of the case-by-case examination in Environmental Impact Assessment (EIA)

## Summary


### The task

The main aims of the research project are

- the preparation of a draft administrative regulation concerning the principles and the procedure of the "case-by-case examination" (screening) and
- the preparation of a draft statutory regulation concerning the determination of screening criteria.

Both draft documents were to be discussed with experts in a workshop, considering the screening experience of the competent authorities.

### The statutory framework

An amendment of the federal Act on EIA in 2001 introduced a new procedural step: a screening process (“case-by-case examination”) in order to determine whether for a given project an EIA is required in the authorization procedure. The new provisions on this subject are very complex and cover numerous cases. Simplified, one can distinguish between various types of projects requiring a screening test: new projects, changes and extensions of projects, as well as prooftesting and development projects. Additionally, there is the possibility of a cumulative approach also covering other projects situated within a common geographic area of environmental impact.

As far as this cumulative examination of expected environmental impacts is concerned, the Act on EIA contains a number of rather vague statutory terms which make it difficult to find a proper/suitable interpretation. In order to be considered in a cumulative way, the projects have to be of the same kind and purpose, they have to be realized at the same time and there must be also a close connection between them.

The case-by-case examination characteristics can be summarized as follows:

- Such an examination should take place, in each case, without delay. It is unnecessary to collect extensive data or to commission expert opinions. The examination will have to be carried out as a rough estimate.
- Because of the low depth of the examination, in the prognosis of environmental impacts the scale of the "adequate probability" of these impacts cannot be used. Instead, the scale "justified possibility" should be applied.

- If environmental effects can obviously be excluded because of mitigation measures, this has to be taken into account within the prognosis.
- The decision whether or not the project requires an EIA is not unalterable. If the authority has at first determined in a given case that an EIA is unnecessary, and there are, later on, new findings justifying the requirement of an EIA, the EIA process has to be started.

**The current screening practice**

In order to investigate the current EIA practice, a survey approaching more than 100 competent authorities was made, using a comprehensive questionnaire. 43 questionnaires were completed and returned. All in all, the experience from more than 700 EIA procedures was recorded. The main results can be summarized as follows:

- The experience of a competent authority concerning the case-by-case examination covers, on average, 25 individual processes.
- The average period required for a case-by-case examination is 6.3 days. This amount covers presumably the normal daily work as well. The minimal period was reported as several hours, the maximum period several weeks.
- A bit more than half of the authorities state that no other authorities participated throughout the screening processes.
- The quality of documents presented by the developer in the context of screening is seen to be sufficient by the authorities. As a rule, demands for further information are not necessary.
- In practice, cumulative effects (taking into account other projects in the same geographical area of impacts) are considered only rarely.
- More than half of the authorities use working aids like administrative regulations, guidelines and checklists.
- Most case-by-case examination processes lead to the decision that an EIA is not necessary.
- All authorities record the result of the case-by-case examination (the decision on the obligation to carry out an EIA) in a document.
- One half of the number of authorities see it as necessary to specify the criteria and threshold values relevant for determining of the obligation to carry out an EIA, while the other authorities do not share this view.

**Analysis of current approaches to screening**

Further, the research report analysed a number of important working aids on screening. This analysis covered the EU Commission's guidance on screening, the guidelines and interpretation notes from the German federal EIA experts and the experts of the federal states, the case-by-case examination notes regarding road construction projects of the FGSV, the corresponding sections of the environment guide of the German Federal Railways Agency, the EIA manual of

the EIA authority in Bremen and the "screening checklist" of the Environmental Ministry of Schleswig-Holstein.

These screening guides, notes and checklists try to support case-by-case examinations in practice. In most cases, the support is realized by giving a framework of orientation and in some cases by suggesting an action-orientated course of examination. Furthermore, provisions are made regarding specific examination questions and partly thresholds for assessing the significance of the likely negative environmental impacts, too.

However, secondary notes and clarifications to decisive questions regarding the EIA practice are not given:

- Which case-by-case examination cases with divergent approaches can be distinguished?
- How are the vague statutory terms of the provision on cumulative projects to be applied?
- In the case of changes and extensions of projects (either of those that have not required an EIA previously, or of those having required an EIA), how is the existing stock to be dealt with?
- How are the threshold criteria to be detailed in general, and how can they be specified for certain projects?

the most comprehensive discussion on screening is given by the both papers of the federal EIA experts and the EIA experts of the federal states. These papers also include numerous small examples. However, they cover some 66 pages. This shows both the complexity of the legal provision on the case-by-case examination and the problems involved in preparing administrative regulations and the statutory regulation on screening envisaged in the Act on EIA. Despite the numerous vague statutory terms, these new provisions will have to fit in the existing legislative system in an adequate manner. Therefore it is necessary to concentrate on the main aspects.

**Advice how to integrate the drafts into the existing regulations**

Discussions with experts from the Federal Environmental Agency, from the Federal Ministry for the Environment, with other EIA experts on both Federal and State Level and additional members of implementation agencies and universities (research institutions) are pointing towards a certain type of implementation. This would mean that no separate statutory regulation should be adopted. Rather, the *contents* of this regulation (including the more detailed criteria of Annex 2 of the Act on EIA) should be integrated as an appendix into the existing Administrative Regulation on EIA. This approach – although not expressly covered by the Act on EIA in its current (May 2005) version – would counteract further fragmentation of the relevant legal provisions on EIA. It would make sense to integrate these provisions into a new “Annex 4 – Closer definition of the criteria for the case-by-case examination“ of the Administrative Regulation.

In the context of integrating the provisions on „Principles and procedure of the case-by-case examination“ into the Administrative Regulation, it is suggested to re-number the existing section no. 0.3 “Effects on the environment” of the Administrative Regulation as no. 0.1.4. This

will make it possible to insert a new no. 0.3 “Establishment of EIA obligation“ which would be divided into two sub-items:

- No. 0.3.1: Requirement to carry out an EIA due to type, size and performance of a project,
- No. 0.3.2: Requirement to carry out an EIA after a case-by-case examination.

While no. 0.3.1 is no subject of the present research project, so that the report does not include proposals for this item, no. 0.3.2 is fully covered by the contents of our proposed draft of the administrative regulation.

**Advice for the draft of the administrative regulation**

The “Principles and procedure of the case-by-case examination“ clarify that the main focus has to be placed on the steering of the procedure and not on questions dealing with authorization of the project. Additionally, they point out that the decision whether or not an EIA has to be carried out is usually based on a far more narrow information foundation than the development consent, in order to clarify from the outset the character of the case-by-case examination.

The dealing with changes or extensions of projects that so far have not required an EIA demands particular regulatory provisions. It is supposed that in both cases the existing conditions, not yet investigated within an EIA, have to be integrated into the case-by-case examination. The additional impact to be expected from the actual (change or extension) project is not to be compared in an isolated way with the already existing pollution load. This means that in such cases the environmental effects relevant for the screening assessment usually are much more comprehensive than the environmental effects directly caused by the actual impact of the change or extension itself. This approach is necessary to effectively counteract the ’salami tactics‘ which is an express objective of the legal provisions.

Further regulation is also needed for the sharing of tasks between the competent authority and the developer. No. 4.2 of the draft Administrative Regulation defines that the necessary details on the characteristics of the project (according to Annex 1 and Annex 2, no.1 of the Act on EIA) (Annex 2, No. 2 and 3 of the Act on EIA) will also have to be delivered by the developer if this is necessary and reasonable. This corresponds with current practice and is in line with the polluter-pays-principle. Further, the approach to place the obligation to supply the documents to a large extent on the developer also complies with the requirement that in the subsequent EIA procedure it is the developer’s task to submit the EIA documents (sec. 6 of the Act on EIA). Thus the tasks of the authority will be reduced as far as possible, but the authority still has the final responsibility for the completeness and plausibility of the documents. Therefore each competent authority should also make its own information accessible and ask the developer for additional information if necessary.

No. 4.3.2 of the draft Administrative Regulation contains provisions for assessing the *significance of adverse environmental effects*. This is the core question of the case-by-case examination in terms of content, since the results are immediately derived from them. The assessment is conducted in two steps. First, the fulfilment of the following criteria has to be evaluated: magnitude, complexity, spatial extent, transfrontier nature and area-related extent,

duration, frequency and reversibility of the impact. The criterion “probability” is usually not relevant in this context since the case-by-case examination process regularly includes the scale of the “justified possibility” (see above). This means that environmental effects with low probability are also relevant in the screening process. The second step has to investigate the question of the appropriateness of EIA. If the criteria “magnitude” or “complexity” have been fulfilled, it can regularly be assumed that an EIA is appropriate. This is similarly true in the case of complex environmental effects. A certain spatial extent of the project alone, however, or the possibility of permanent, frequent or irreversible adverse environmental effects does not yet determine the appropriateness.

No. 5 of the draft Administrative Regulation contains provisions on the publicising and availability of the screening result. No. 6 deals with a later modification of the screening result, which allows changing the authorization procedure due to new knowledge.

**Advice for the draft of the statutory regulation**

The statutory regulation under sec. 3c of the Act on EIA is to detail the criteria of Annex 2 of this Act. The draft statutory regulation contains three information levels:

1. Partial criteria to detail the criteria laid down in Annex 2, No. 1 and 2
2. Definitions of terms for the understanding of individual criteria of Annex 2
3. Scales to answer the question how far the criteria of Annex 2, No. 3 are fulfilled.

In detailing the criteria it was intended to closely follow the terms and thresholds of the respective legislation. It is assumed that the breaking down of the general criteria of Annex 2 of the Act on EIA into specific partial criteria will provide a valuable help for authorities.

The third chapter of the statutory regulation, which specifies the criteria of possible effects, is of central importance. For the definition of the terms “magnitude” and “complexity” a “75 % provision” has been proposed as a convention. This convention would allow a standardised and simple application of the principle of sec. 3c (1), sentence 4, of the Act on EIA which requires the authority to consider how far the project will exceed the threshold values for magnitude or performance opening the case-by-case examination.

Besides, a whole series of further provisions have been introduced in order to facilitate the case-by-case examination. These define threshold values, implying that a project meeting these values has reached a magnitude where an EIA is required. On the other hand, criteria have also been defined whose fulfilment allows the conclusion that no serious effects on the environment have to be expected.

**Concluding advice and recommendations**

The case-by-case examination has to be conducted promptly and by a rough estimate, despite a frequently very narrow information base at that time. Prognoses on the environmental effects to be expected and their magnitude, complexity etc. will therefore also be based on a significant amount of insecurity and uncertainty. Despite these framework conditions the case-by-case examination has to result in a decision determining the further process: Is an EIA required or not?

The drafts of both the administrative regulation and the statutory regulation can provide help, by allowing a change of the permit procedure if necessary, by introducing the criterion of the "justified possibility" and by detailing the criteria for the case-by-case examination comprehensively on the basis of existing legal requirements.

The findings of the research project explicitly recommend an implementation in the form of an "integrated administrative regulation", without an independent statutory regulation, taking also in view the results of the workshop of experts. Item no. 0.3.1 ("Requirement to carry out an EIA due to type, size and performance of a project"), which has already mentioned, but not dealt with in the integrated draft, should be completed as soon as possible. Additionally the development of further-reaching project-specific screening aids by recognised committees and agencies should be supported. The drafts presented here can provide a valuable base.